

A blue spotlight beam shines down from the top center onto a circular blue platform at the bottom. The text is centered within the beam.

WVMETALLE SPOTLIGHT

MÄRZ 2026

Sanktionen, Zölle, CBAM:
Wie Handelspolitik die NE-Metallindustrie unter Druck setzt

NE-Spotlight

Ein Thema. Im Fokus. Jeden Monat.

Mit dem NE-Spotlight rücken wir monatlich ein zentrales Thema der NE-Metallindustrie ins Rampenlicht – kompakt, prägnant und meinungsstark für Mitglieder, Politik, Presse und Medien.

März 2026 | Sanktionen, Zölle, CBAM: Wie Handelspolitik die NE-Metallindustrie unter Druck setzt

Die deutsche Nichteisen Metallindustrie agiert in einem global vernetzten Marktumfeld. Rohstoffe wie Aluminium, Kupfer, Nickel und Zink bilden das Fundament für industrielle Wertschöpfungsketten. Der Zugang zu diesen Ressourcen unterliegt zunehmend geopolitischen Spannungen. Handelsbeschränkungen, Sanktionen und Schutzzölle bestimmen die Rahmenbedingungen für Importe und Exporte. Für die Unternehmen der WVMetalle bedeuten diese Instrumente oft eine Verknappung des Angebots und eine Steigerung der Beschaffungskosten.

Internationale Handelskonflikte führen dazu, dass etablierte Lieferwege unterbrochen werden. Wenn wichtige Lieferländer mit Sanktionen belegt werden, müssen Metallproduzenten innerhalb kurzer Zeit alternative Bezugsquellen erschließen. Dies betrifft nicht nur Primärmetalle, sondern auch Legierungselemente und Vorprodukte. Die Volatilität an den Rohstoffbörsen nimmt durch politische Entscheidungen zu, was die Kalkulationssicherheit für die heimische Industrie beeinträchtigt.

WVMETALLE SPOTLIGHT

1. Sanktionsregimes und Compliance Anforderungen

Die rechtliche Komplexität im Bereich der Außenwirtschaft hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Unternehmen müssen komplexe Sanktionslisten prüfen und sicherstellen, dass weder direkt noch indirekt Geschäfte mit sanktionierten Einheiten getätigt werden. Verstöße gegen Embargos oder Bereitstellungsverbote ziehen schwere rechtliche Konsequenzen nach sich.

Für die NE-Metallindustrie bedeutet dies einen hohen administrativen Aufwand. Jede Transaktion erfordert eine detaillierte Prüfung der Endverbleibserklärungen. Insbesondere bei Dual Use Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, gelten strenge Exportkontrollen. Die WVMetalle unterstützt ihre Mitglieder dabei, diese rechtlichen Anforderungen rechtssicher umzusetzen. Ein zentrales Problem bleibt die Inkonsistenz zwischen verschiedenen Sanktionsregimen auf internationaler Ebene, die Unternehmen vor regulatorische Widersprüche stellt.

2. Zölle als Instrument der Industriepolitik

Zölle dienen vermehrt als Werkzeug, um nationale Märkte abzusichern oder politische Ziele durchzusetzen. Wir beobachten eine Zunahme von Antidumping und Ausgleichszöllen. Diese Maßnahmen richten sich häufig gegen Importe aus Ländern, die ihre heimische Industrie durch Subventionen unterstützen.

Für die Aluminium und Kupferindustrie in Deutschland haben Zölle unterschiedliche Auswirkungen. Während Schutzzölle auf Endprodukte den heimischen Absatz stützen können, verteuern Zölle auf Vormaterialien die Produktion. Die Kostenstruktur der NE-Metallindustrie ist stark von den Energiepreisen und den Rohstoffkosten geprägt. Zusätzliche Abgaben an den Grenzen belasten die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Produzenten aus Drittstaaten, die keinen vergleichbaren Beschränkungen unterliegen.

3. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) als neue Hürde

Ein spezifisches Instrument an der Schnittstelle von Handels- und Nachhaltigkeitspolitik ist der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der Europäischen Union. Seit Beginn der Übergangsphase müssen Importeure von Aluminium und anderen Grundstoffen über die im Ausland entstandenen Emissionen berichten. Somit erfolgt seit dem 1. Januar 2026 die schrittweise Einführung von Zahlungsverpflichtungen.

WVMETALLE SPOTLIGHT

Der CBAM fungiert faktisch als Klimazoll. Er soll ein Level Playing Field schaffen, indem er Importe aus Ländern ohne CO₂-Bepreisung verteuert. Für die NE-Metallindustrie ergeben sich daraus zwei zentrale Probleme.

Erstens steigt der bürokratische Aufwand durch die Datenerhebung entlang der gesamten Lieferkette massiv an. Viele Lieferanten außerhalb der EU können die geforderten Emissionsdaten nicht in der notwendigen Qualität liefern. Mehr noch: Produzenten von CBAM-erfassten Gütern in Drittstaaten können diesen Klimazoll umgehen, indem sie die Handelsströme so verändern (resource shuffling), dass die Produkte mit dem niedrigsten CO₂-Gehalt nach Europa exportiert werden, während die verbleibenden Produkte mit hohem CO₂-Gehalt in Regionen verkauft werden, in denen es keine protektionistischen Maßnahmen hinsichtlich des Kohlenstoffgehalts gibt. Auf diese Art und Weise wird die heimische Produktion in der EU klar benachteiligt. Dies gilt umso mehr, als CBAM für die heimische Produktion die kostenfreie Zuteilung von CO₂-Zertifikaten im Europäischen Emissionshandel ersetzt. Das belastet vor allem das Recycling von Metallen.

Zweitens droht eine Benachteiligung der EU-Exporte. Da der CBAM bisher keine Rückvergütungen für Exporte vorsieht, verteuern sich in Europa produzierte Waren auf dem Weltmarkt. Dies gefährdet die Marktanteile deutscher Unternehmen in Regionen ohne vergleichbare Klimaschutzauflagen.

4. Strategische Souveränität und Rohstoffdiplomatie

Um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern zu verringern, ist eine aktive Rohstoffdiplomatie erforderlich. Die Bundesregierung und die EU Kommission müssen Handelsabkommen schließen, die den diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen sichern. Einseitige Abhängigkeiten bei kritischen Metallen wie Magnesium oder Seltenen Erden stellen ein Risiko für die gesamte industrielle Basis dar.

Die WVMetalle fordert eine Handelspolitik, die den Schutz der heimischen Industrie nicht durch eine Abschottung der Märkte erkaufte. Ein fairer Wettbewerb erfordert den Abbau von Handelsbarrieren und die Durchsetzung internationaler Standards. Sanktionen müssen zielgerichtet und verhältnismäßig bleiben, um den legalen Handel nicht unverhältnismäßig zu behindern.

5. Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Kombination aus Sanktionen, Zöllen und neuen Berichterstattungspflichten wie CBAM belastet die NE Metallindustrie. Um den Industriestandort Deutschland zu sichern, sind folgende Maßnahmen notwendig.

- Harmonisierung von Sanktionslisten auf internationaler Ebene zur Reduzierung von Rechtsunsicherheiten.
- Abschaffung des CBAM für NE-Metalle, ohne zusätzliche bürokratische Lasten für mittelständische Unternehmen.
- Einführung von Exportentlastungen beim Grenzausgleich, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.
- Abschluss von Rohstoffpartnerschaften zur Diversifizierung der Lieferketten.
- Verzicht auf nationale Alleingänge bei der Einführung von Handelsbeschränkungen.

Die Politik muss sicherstellen, dass handelspolitische Instrumente die Transformation zur Klimaneutralität unterstützen und nicht durch steigende Kosten und Bürokratie ausbremsen. Die Verfügbarkeit von nationalen und europäischen NE-Metallen zu wettbewerbsfähigen Preisen ist die Voraussetzung für alle Technologien der Energiewende.

Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.

Autor

Dr. Daniel Quantz, LL.M.

Bereichsleiter Nachhaltigkeit | Recht



030/726207-100



presse@wvmetalle.de



www.wvmetalle.de